

# G8-Gipfel in Heiligendamm

## Get out of the way if you cant lend a hand\*

**Die selbstorganisierte Welt der Vielen gegen die Anmaßung der Acht Mächtigen - ein Kampf um Informationshoheit und Bürgerrechte**

*Bericht aus Rostock  
von Carol Bergin und Johannes Lauterbach\*\**

Die Spannung hat sich gelöst - die Polizisten haben sogar die Helme abgelegt und können das Grinsen über die Clowntruppe nicht verkneifen, die gerade den Brezelunfall eines international bekannten Politikers nachstellt. Eine bunte Schar tausender Menschen genießt diesen sonnigen Donnerstag nachmittag vor dem stacheldrahtbewehrten Zaun: Einem 12 km langen, 12,5 Millionen Euro teuren Zaun - errichtet, um so viel Distanz wie möglich zwischen „uns“ und „denen“ herzustellen. Wir sind mitten in der Demonstrationsverbotszone - und blockieren die Hauptzufahrtsstraße zu dem angeblich wichtigsten politischen Ereignis des Jahres, dem G8-Gipfel in Heiligendamm.

Dieser friedliche, föhliche Ausgang war nicht zu erwarten nach dem, was in den Tagen zuvor geschehen war. Die Blockaden von Heiligendamm waren in mehr als einer Hinsicht erfolgreich. Wir haben nicht nur gegen die selbsternannte Weltregierung und ihre zerstörerische Politik demonstriert und unser Recht, den Protest zu denen zu tragen, gegen die er sich richtet, bekräftigt. Es war zuallererst eine Demonstration der Fähigkeit der Menschen, eine von Gewalt und Repression geprägte Situation in einen friedlichen und freien Raum zu transformieren, eine Demonstration der Fähigkeit der Bewegung zur Zusammenarbeit trotz aller Verschiedenheiten der Überzeugungen, eine Demonstration des Mutes, der Entschlossenheit und der Kreativität. Wenn es irgendwelche Zweifel über den Sinn einer so massiven Mobilisierung gegen eine Regierungskonferenz bei vielen gab: die Menschen in

\* Sinngemäß: „Geht aus dem Weg wenn ihr nichts Hilfreiches beitragen könnt“ - aus Bob Dylan's Song „The times they are a changin“ („Die Zeiten ändern sich“)

\*\* Die Autoren waren bei den Aktivitäten gegen die G8 in Rostock für die Initiative Colibri e.V. und das internationale, globalisierungskritische Netzwerk „Our World is not for Sale“ tätig, u.a. in der Organisation von Workshops beim Alternativgipfel.

Heiligendamm haben ihr durch ihr Handeln hier und jetzt Bedeutung verliehen.

### Geld regiert - G8 kurzgefasst\*\*\*

Aber warum soviel Lärm um die G8?

Es begann 1975 mit „informellen“ Treffen der Regierungschefs der sechs, später sieben ökonomisch potentesten Staaten, den „G(roßen)7“ - Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und USA. „Informelle Treffen“, die seither als „Weltwirtschaftsgipfel“ tituliert werden - 7 Regierungen, die gut 10 % der Weltbevölkerung vertreten, beherrschen die Weltwirtschaft. Russland kam in den späten Neunzigern für den politischen Teil dazu - seither spricht man von der „G8“ -, ist aber nicht in die Runde der G7-Finanzminister integriert.

Damals war der Westen wirtschaftlich in der Krise: die Ölpreise stiegen, der Boom nach dem Zweiten Weltkrieg war vorbei, das ökonomische Wachstum stagnierte und das globale Finanzsystem verlor an Stabilität. 1971 hatten die USA einseitig ihre Verpflichtung, Dollars zu einem festen Preis in Gold zu tauschen, aufgekündigt. Damit war das „Bretton Woods-System“ mit festen Wechselkursen und der Bindung an den goldgedeckten Dollar als Leitwährung zusammengebrochen.

Gleichzeitig erhoben neue soziale Bewegungen ihre Stimme: die Umweltbewegung hinterfragte die Nachhaltigkeit der westlichen Konsumgesellschaft, die Solidaritätsbewegung mit der „Dritten Welt“ stellte die Frage nach der globalen sozialen Gerechtigkeit, Friedensbewegungen protestierten gegen Kriege und Wetrüsten, während Freiheitsbewegungen und sozialistische Regierungen im Süden begonnen hatten, sich aus der westlichen Vorherrschaft zu lösen.

Die Kooperation der G7-Regierungen diente in dieser Situation zunächst dem Krisenmanagement, entwickelte sich aber - zusammen mit anderen Akteuren, wie dem IWF oder der Weltbank\*\*\*\* - in den 80er und 90er Jahren zu einem wesentlichen Motor für die Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung, die ab den 90er Jahren meist „neoliberale Globalisierung“ genannt wurde. Im Kern handelte es sich dabei um eine Abkehr von einer auf Stabilisierung und sozialen Ausgleich ausgerichteten Politik zugunsten ungehinderter Handlungsfreiheit und Profitsteigerung der Konzerne und Kapitaleigner. „Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung“ wurden zum Leitmotiv.

Der Umbau des internationalen Finanzsystems stand anfänglich im Vordergrund, wobei als vorrangiges Ziel an die Stelle der Stabilität die Schaffung von

\*\*\* Ausführlichere Darstellung des Hintergrunds der G8 s. z.B: Rainer Falk, G7/G8 - Kleine Gipfelgeschichte, aus W&E Sonderdienst 07/2005, aktualisierte Fassung von 02/2007 unter <http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/cms/wearchiv/50018896840e70901.php>

\*\*\*\* In beiden Institutionen verfügen die G7 Staaten als größte Anteilseignern aufgrund des Prinzips „ein Dollar - eine Stimme“ über komfortable Mehrheiten und können diese daher zur Umsetzung ihrer Agenda instrumentalisieren.

Anlagemöglichkeiten für Privatinvestoren trat\*. Die Liberalisierung der Finanzmärkte, einschließlich der Freigabe der Wechselkurse, setzte nationale Währungen spekulativen Transaktionen aus und führte zu einer Serie verheerender Finanzkrisen.\*\* Die seither immer weiter aufgeblähte Spekulationsblase - in der hochriskante Hedge-Fonds allein rund 1,5 Billionen Dollar ausmachen - droht heute zu platzen.

Die gleichfalls vorangetriebene Freihandels-Agenda, - die auf die Öffnung globaler Märkte zugunsten transnationaler Konzerne des Nordens ausgerichtet ist - konnte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im multilateralen Handels-Regime unter der Welthandelsorganisation\*\*\* und anderen Freihandelsabkommen umgesetzt werden. Die globale Ökonomie wurde in einen „Wettlauf nach unten“ um die niedrigsten Löhne und geringsten Menschen- und Arbeitsrechte, Sozial- und Umweltstandards getrieben.

Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Dienste und Güter und die Demontage der sozialen Sicherungssysteme wurden in den Ländern des Südens überwiegend mit sogenannten Strukturanpassungsprogrammen des IWF und der Weltbank durchgesetzt. Zu Hause führten dies die acht Regierungen direkt durch, - unabhängig von der Parteizugehörigkeit der jeweils Regierenden.

Offener Krieg und verdeckte Aktionen wurden benutzt, um ökonomische Ziele zu erreichen, Ressourcen zu sichern und abweichende Länder auf „Linie“ zu bringen - einschließlich der von der CIA gedeckten Staatsstriche in Chile und Argentinien, der Zerstörung des jugoslawischen dritten Weges und der militärischen Besetzung großer Teile des ölreichen mittleren Ostens durch die USA und die NATO, die sich immer mehr zum militärischen Arm der G7 entwickelte.

Das globale Finanzsystem ist heute instabiler als in den siebziger Jahren, aber - in Heiligendamm wurde dies nicht einmal rhetorisch behandelt. Der Fehlschlag des Versuchs, Hedge-Fonds wenigstens zu regulieren, ist symptomatisch für den Mangel an Willen und Fähigkeit der G7/G8, die Zerstörungskräfte zu kontrollieren, die sie selbst auf den Plan gerufen haben. Die halbherzigen Vorschläge der G8 zur Reduzierung der globalen Erwärmung sind ein weiteres Beispiel des Mangels an Willen und typisch für die Methode der G8, „hausgemachte“ Probleme zu „lösen“, indem sie in den Rest der Welt exportiert werden. Die G8-Staaten sind seit Jahrzehnten die primäre Quelle der Emission von Treibhausgasen. Dennoch versuchen sie, Schwellenländern die Schuld zu geben und forcieren den Ausbau des in seinen Wirkungen höchst fragwürdigen CO2-Emissionshandelssystems und der Produktion sogenannter Bio-Kraftstoffe in Ländern

\* S. auch Peter Wahl, G8: PR-Show oder Weltregierung, VSA Verlag, 2006, Auszug unter [www.attac.de/heiligendamm07/media/text\\_dl/texte/Bretton-Woods.pdf](http://www.attac.de/heiligendamm07/media/text_dl/texte/Bretton-Woods.pdf)

\*\* Während der sogenannte Asienkrise 1998 wurden binnen weniger Monate Millionen von Menschen unter die Armutsgrenze gedrückt, der Aufstieg der „Tigerstaaten“ war zu Ende. Die Krise wurde zu einem der Auslöser für die globalisierungskritische Bewegung.

\*\*\* 1995 in Kraft getreten.

des Südens, die zu kontraproduktiven Monokulturen, Landraub und Hunger führen.\*\*\*\*

Das „Krisenmanagement“ der früheren G7, das auf die Aufrechterhaltung der Hegemonie der industrialisierten kapitalistischen westlichen Länder gerichtet ist, ist für die meisten Menschen auf der Erde zu einem sozialen und ökologischen Alptraum geworden, während eine kleine Schicht von Konzernlenkern und Kapitaleignern davon profitiert. Auch wenn man den G8-Gipfel nicht allein dafür verantwortlich machen kann - hier ist ein komplexes Geflecht von Akteuren und Institutionen wirksam - so wird hier doch die ungerechte Weltordnung am sichtbarsten. Es ist die ungehinderte Macht der G8-Regierungen, die Weltwirtschaftsordnung zu bestimmen und dabei in andere Länder hineinzuregieren, verbunden mit einer Agenda zugunsten der Konzerne und Kapitaleigner in den G8-Ländern, die Menschen von außerhalb und innerhalb der G8 dazu treibt, zu protestieren und zu fordern: „Geht aus dem Weg, wenn ihr nichts Hilfreiches beibringt.“

## Eine kurze Geschichte der Anti-G8-Proteste

Der Protest gegen die G8 ging lange Zeit hauptsächlich von NGO's aus den Umweltbewegungen und der Solidaritätsbewegung mit dem Süden aus und wurde oft auf Gegenkonferenzen artikuliert. Im Gegensatz zu dem von den Massenmedien erweckten Eindruck, dass die Protestierenden keine Analyse und keine Gegenkonzepte haben, existierten solche alternativen Konzepte und Analysen von Beginn an und befeuerten die Proteste.

Auch Massenproteste gab es vereinzelt bei früheren Gipfeln. Mit dem Aufstieg der globalen Bewegung gegen die konzerngesteuerte Globalisierung wurde die G8 regelmässig zur Zielscheibe von Massenmobilisierung.

Im Kielwasser der massiven Proteste gegen die WTO in Seattle 1999, gegen die EU-Gipfel in Nizza und Göteborg brachte die Mobilisierung gegen das G8-Treffen 2001 in Genua 250.000 Menschen auf die Straße. Gewalt brach aus, ganze Straßen wurden verwüstet, Autos brannten. Demonstranten wurden absichtlich mit Tränengas traktiert, die Polizei schlug Menschen zusammen, die im Kommunikationszentrum in Schlafsäcken nächtigten, andere wurden in Polizeigewahrsam verprügelt. Ein junger Demonstrant wurde von einem jungen Polizisten getötet. Bei Gerichtsprozessen wurde später festgestellt, was viele Menschen schon während der Proteste behauptet hatten, nämlich dass die Polizei als Zivilisten verkleidete „Agents provocateurs“ unter den Protestierenden hatte, die einige der Gewalttaten selbst begingen, auch angebliche Waffenfunde in Quartieren der Demonstranten waren von der Berlusconi-Polizei inszeniert.

Genua wurde zum fast mythischen Kristallisationspunkt für die Bewegung gegen die konzerngesteuerte Globalisierung in Europa. Innerhalb weniger Wochen

\*\*\*\* S. hierzu u.a. Kevin Smith, The Carbon Neutral Myth, Transnational Institute, Niederlande 2007, oder [www.carbon-tradewatch.org](http://www.carbon-tradewatch.org)

schlossen sich Tausende allein in Deutschland der Attac-Bewegung an.

Seitdem halten die Regierungen ihre Konferenzen in abgeschiedeneren Orten ab, vorzugsweise in leicht kontrollierbarer Uferlage, außerhalb der großen Städte. Das verschaffte ihnen teilweise etwas Ruhe, aber 2003 in Evian marschierten wieder 100.000 auf den Straßen. Das „intergalaktische Dorf“, ein großes selbstorganisiertes Camp nahe Evian, wurde für tausende von Menschen - die auch dort schon versuchten, den Gipfel zu blockieren - zum Trainingslager in basisdemokratischer Praxis und im zivilen Ungehorsam.

2005 in den Gleneagles kam ein neues Element hinzu, als zwei Rockstars die massive Aufmerksamkeit der Medien auf sich zogen, indem sie sich der „Globalen Kampagne gegen Armut“ (GCAP) anschlossen und bei einem Benefizkonzert vor rund 1 Million Zuhörern von der G8 forderten, die Armut zu überwinden („make poverty history“). Die G8-Führer griffen diese Möglichkeit, ihr Image aufzubessern, dankbar auf und lächelten wohlwollend. Zusätzliche Milliarden Dollars für die Armutsbekämpfung wurden versprochen, doch kaum war der Gipfel vorbei, war auch das Versprechen „vergessen“.

Im selben Jahr bei der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong zeigten die acht Regierungen ihr wahres Gesicht, als sie unterließen, was den Armen mehr als alle Hilfgelder geholfen hätte: Die Forderung, ihre preisdrückenden Exportsubventionen auf Agrarprodukte zu streichen und damit Kleinbauern wieder eine selbstbestimmte Existenz zu ermöglichen, stieß auf taube Ohren. Und eine Revision des berüchtigten Abkommens über geistige Eigentumsrechte\*, um wenigstens Bio-Piraterie\*\* zu stoppen und den Menschen in den armen Ländern die Produktion erschwinglicher Medikamente zu ermöglichen, wurde abgelehnt.

2006 fand der Gipfel erstmals in Russland statt, in St. Petersburg. Proteste wurden weitgehend polizeilich unterdrückt. Statt dessen „demonstrierte“ drinnen der russische Präsident Putin mit scharfer Kritik gegen die USA.

## Eine „Kuschel“-Demo mit hässlichem Ausgang

Die Vorbereitung der Aktivitäten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm hatte bereits zwei Jahre vorher begonnen und führte zu der bisher wahrscheinlich breitesten Bündnisbewegung innerhalb der deutschen Zivilgesellschaft. In einer Reihe offener Aktionskonferenzen hatten Menschen aus einem weiten Spektrum vielfältige Aktivitäten geplant, von der großen internationalen Demonstration über die thematischen Aktionstage, kleinere Demonstrationen, Festivals und einen großen internationalen Alternativgipfel bis hin zu den Blockaden. Schon früh hatte eine großes Aktivistenbündnis („Block G8“) beschlossen, besonderen Nachdruck

\* TRIPS: Trade related intellectual property rights, ein Abkommen im Rahmen der WTO

\*\* Die Patentierung von z.B. indigenem Wissen, oder von natürlich vorkommenden Pflanzenwirkstoffen, durch die sich Konzerne ein Monopol auf die Nutzung von Gemeingütern erschleichen

## Vandana Shiva: Energie- und Ernährungswende gefordert

Bei dem Alternativen G8-Gipfel haben bedeutende Vertreter der zivilgesellschaftlichen Bewegung wie der Schweizer Soziologie Jean Ziegler, Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, und die indische Physikerin Vandana Shiva die Politik der G8 scharf kritisiert und die Umsetzung der Menschenrechte eingefordert. Shiva forderte eine Energie- und Ernährungswende und den Umbau des Wirtschaftsystems in eine solidarische Weltwirtschaft. Der Gegengipfel wurde veranstaltet von einem breiten Spektrum von Organisationen wie z.B. Greenpeace, Attac, BUND, Katholische Jugend, Evangelischer Entwicklungsdienst, Heinrich Böll Stiftung, IG-Metall, Interventionistische Linke, IPPNW, Misereor, OXFAM, Pro Asyl und Rosa Luxemburg Stiftung.

## Mohammed Yunus: Globalisierung muss allen zugute kommen

Der Friedensnobelpreisträger und Gründer der Grameen Bank in Bangladesch, Muhammad Yunus, hat die Regierungen der G8-Länder auf einem „Vision Summit“ in Berlin und bei verschiedenen Fernsehauftritten aufgefordert, sich mehr für eine Überwindung der Armut zu engagieren. Er kritisierte die Ungerechtigkeiten im Welthandel. So seien in den USA die Zölle für Textilien aus Bangladesch etwa 5mal so hoch wie die Zölle für vergleichbare Artikel aus Großbritannien. Bei hinreichenden Anstrengungen sei in den meisten Ländern das UN-Millenniumsziel, die Zahl der Armen bis 2015 zu halbieren, erreichbar. Am 6. Juni nahm Yunus auf Einladung des Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship an einer Veranstaltung im Audimax der Uni Karlsruhe teil, gemeinsam mit dem Unternehmer Götz Werner und dem brasilianischen Senator Eduardo Suplicy, der in seinem Land eine teilweise Verankerung des Grundeinkommens im Gesetz erreichte. Diskutiert wurde der Zusammenhang zwischen der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen und dem Ansatz der Mikrokredite.

## Polizei bestätigt Einsatz von Zivil-Beamten

Die besondere Aufbauorganisation der Polizeidirektion Rostock (Kavala) hat am 8.6. den Einsatz von Zivilpolizisten während der Gipfelproteste zugegeben. Angeblich hatte der Beamte lediglich Informationen über die Planung und Begehung von Straftaten gesammelt und nicht dazu angestiftet. Am 5.6. war ein Zivilbeamter in der Blockade an der Galopprennbahn Bad Doberan von Protestteilnehmern enttarnt worden. Der schwarz gekleidete angebliche Autonome hatte Aktivisten angesprochen und aufgefordert, Steine zu werfen sowie selbst einen Stein geworfen. Das haben mehrere Zeugen unabhängig voneinander berichtet. Ein Protestteilnehmer aus Bremen erkannte den ebenfalls aus Bremen stammenden Polizisten. Dieser weigerte sich, seine Identität preiszugeben und seinen Ausweis zu zeigen. Als die Stimmung unter den anderen Blockierern immer gereizter wurde, begleiteten mehrere Protestteilnehmer den Zivilbeamten aus der Menge und übergaben ihn der Polizei. (Quelle: [www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/zivilbeamter.php](http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/zivilbeamter.php))

## Stellungnahme von WEED

### „Eine harte Agenda gegen Entwicklung und Klimaschutz“

Die entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation WEED bewertet Heiligendamm als Gipfel der Scheinheiligkeit. Die verabschiedete wirtschaftspolitische Agenda der G8 stehe im offenen Widerspruch zur angeblichen ‚Hilfe für Afrika‘ oder dem ‚Klimaschutz‘. „Gerade auch Umwelt- und Entwicklungs-NGOs sowie wohlmeinende Musiker dürfen der PR-Strategie von Frau Merkel nicht auf den Leim gehen. Die von ihr durchgesetzte Gipfelerklärung ‚Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft‘ schreibt die brutale Globalisierung nach den Regeln der Reichen fort: Deutschland und den G8 geht es gar nicht um Klimaschutz und Gerechtigkeit - ihre eigentliche Agenda steht im Wirtschaftsprogramm des Gipfels. Sie lautet: Investitionsfreiheit für Unternehmen, Privatisierung von Wissen, Verhinderung von Technologietransfer und billigen Medikamenten durch den Schutz sogenannter ‚Geistiger Eigentumsrechte‘, ferner ungehinderter Freihandel mit Rohstoffen und Abwehr jedweder verbindlicher Regulierung gegenüber Transnationalen Konzernen“, so Peter Fuchs, handels- und investitionspolitischer Referent bei WEED.

„Das derzeitige finanzmarktorientierte Wirtschaftssystem ist verantwortungslos gegenüber den Beschäftigten, sozial Schwachen und der Umwelt weltweit. Die G8 sind scheinheilig, indem sie einerseits Krokodilstränen über die Armen dieser Welt vergießen, andererseits aber jegliche - und sei sie noch so unverbindlich - Regulierung der Hedge-Fonds ablehnen“, so Peter Wahl, Finanzmarktexperte bei WEED. „Das Ende des Casino-Kapitalismus ist Bedingung für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und demokratische Finanzarchitektur. Merkel und Steinbrück wollen aber - zusammen mit Bush und Co. - das Gegenteil!“

„Der G8-Gipfel war eine klimapolitische Nullnummer, die keine verbindlichen Fortschritte zur Rettung des Weltklimas brachte,“ bilanziert Umwelt- und Klimareferentin Daniela Setton. „Anstatt mit rhetorischen Kompromissformeln von der eigenen Handlungsunwilligkeit abzulenken, sollte endlich der Ausstieg aus fossiler Ressourcennutzung und die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien eingeleitet werden.“

„Afrika saß auch in Heiligendamm am Katzentisch der Mächtigen. Die G8-Staaten verschleiern hinter dem Euphemismus der ‚Reformpartnerschaft‘, dass stärkerer Patentschutz und Zugang zu strategischen Ressourcen des Kontinents im Mittelpunkt ihres Interesses stehen“, kritisiert der entwicklungspolitische Referent Klaus Schilder. „Die Entwicklungsversprechen der G8 bleiben ein unverbindliches Lippenbekenntnis. Die Bundesregierung hat mit der angekündigten Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit (ODA) um 3 Mrd. Euro bis 2010 sowie 200 Mill. Euro mehr für die Bekämpfung von AIDS ihre internationalen Verpflichtungen zur Überwindung der Armut nicht erfüllt - dazu benötigen wir dringend die Einführung internationaler Steuern, insbesondere auf Devisentransaktionen und Kerosin.“

Quelle: [www.weed-online.org/themen/596545.html](http://www.weed-online.org/themen/596545.html)

auf den zivilen Ungehorsam zu legen und den Gipfel durch Straßenblockaden wirksam von der Infrastruktur abzuschneiden. Dieses Projekt wurde unfreiwillig unterstützt, durch die Entscheidung, den Gipfel gegen jeden Protest mit einem 12 km langen Zaun mit ganz wenigen Eingängen zu schützen.

Am Samstag, dem 2. Juni, marschierten die Protestierenden durch ein menschenleeres Rostock zum Ausgangspunkt der Hauptdemonstration. Viele Ladenbesitzer hatten im Glauben an die Propaganda der Polizei und der Massenmedien, dass Terroristen im Anmarsch seien, um die Stadt zu verwüsten, ihre Schaufenster verbarriadiert. Dennoch war die Stimmung unter den Demonstranten und bei der Polizei gelassen. Die meisten waren überzeugt, dass an diesem Tag nichts passieren würde und glaubten, dass die Schwierigkeiten erst mit den Blockaden beginnen würden. Einige Polizeibeamte sprachen sogar über die Erwartung einer „Kuschel-Demo“.

Doch wir haben uns alle geirrt.

Der Marsch der 60- bis 80.000 war friedlich, bunt, kreativ - fast wie Karneval. Dann änderte sich die Situation. Es ist immer noch unklar, was zum Ausbruch der Gewalt führte, aber gegen Ende des Marsches, als Demonstranten den Hafenplatz für die Schlusskundgebung füllten, attackierten ein paar verummte und in Schwarz gekleidete Leute ein einsames Polizeiauto, das mit einer nur kleinen Besatzung auf dem Platz der Schlusskundgebung geparkt hatte. Eine Schlacht zwischen Polizei und dem sogenannten schwarzen Block begann. Steine wurden aus dem Bürgersteig gerissen und auf die Sturmtrupps der Polizei geworfen, ein anderes Auto wurde angezündet. Die Polizei begann, auf den friedlichen Teil der Demonstration einzustürmen, angeblich um Verdächtige zu fassen, während Wasserwerfer im großen Bogen mit Tränengas angereichertes Wasser in die Menge sprühten, gewalttätige und friedliche Demonstranten gleichermaßen treffend. Stellenweise brach Panik aus. Viele friedliche Demonstranten, von denen etliche versuchten deeskalierend dazwischen zu gehen, wurden durch Pfefferspray oder Steine verletzt. Ein Polizeihubschrauber kreiste direkt über dem Platz der Kundgebung, die wegen des Lärms lange Zeit nicht beginnen konnte. Nach ein bis zwei Stunden beruhigte sich die Situation: das Kundgebungsprogramm begann, gefolgt von einem Abendkonzert mit 20.000 Zuhörern, die friedlich auf dem Platz verweilten.

In den folgenden Tagen kam es zu einer dramatischen Zunahme der ohnehin schon rigiden und oft unbeholfen wirkenden Polizeiaktivitäten: Kontrollen auf dem überfüllten Hauptbahnhof, Festnahmen von Menschen, die mehrere Tage in Käfigen gefangen gehalten wurden, unter 24-stündiger Beobachtung und bei Dauerbeleuchtung, einige ohne Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit ihrem Rechtsanwalt. Die Demonstration für die Rechte der Migranten wurde mehrere Male verschoben und schließlich von einer überdimensionalen Polizeipräsenz verhindert, mit der Begründung, dass die Teilnehmerzahl zu hoch sei. Die drei Camps, in denen Tausende eine Woche lang ein selbst organisiertes und basisdemokratisches Leben praktizierten, wurden permanent observiert und zeitweise durch ein großes Polizeiaufgebot

blockiert. Militärflugzeuge flogen im Tiefflug über die Camps, um Fotos zu machen, ein Vorgang, der das Parlaments und das Bundesverfassungsgericht in den kommenden Wochen beschäftigen wird. Die geplanten Märsche zum Zaun wurden verboten wegen „Sicherheitserfordernissen“.

Aber trotz des schlechten Starts, blieb die überwältigende Mehrheit der Menschen friedlich und die meisten Aktivitäten konnten weitergehen. - Intensive Diskussionen in den Lagern führten zur Bestätigung der Zusammenarbeit im Bündnis und des Konsenses in der Frage der Gewaltfreiheit während der Blockaden.

## Der Alternativgipfel in Rostock

Etwa 2000 Teilnehmende aus 50 verschiedenen Ländern nahmen an dem zweitägigen Alternativ-Gipfel teil. In 130 Workshops wurden Themen aufgegriffen wie globale Gerechtigkeit, Klimawandel, erneuerbarer Energien, die so genannten European Partnership Agreements (EPAs), Bildung, Krieg und Militarisierung, Migration und Rassismus, Arbeit, soziale und Genderfragen. Die Koalition aus 39 verschiedenen Organisationen, die den Gipfel initiiert hatte, reichte von Attac, der globalen Bauernbewegung Via Campesina bis zu mehr traditionellen NGOs wie Greenpeace und Misereor. Dennoch gelang es den Mainstream-Medien, jede Berichterstattung über den Gipfel und über die Inhalte des Protestes zu vermeiden.

Ein zentrales Thema war der Klimaschutz, unter anderem auch auf einem mit mehreren hochkarätigen Rednern besetzten Podium des Our World is not for Sale Networks (OWINFS). Hier ging es allerdings nicht um eine Wiederbelebung des Kyoto-Prozesses, sondern um eine Kritik an den als gescheitert anzusehenden marktformigen Lösungsversuchen und der Suche nach Alternativen. In einem weiteren OWINFS-Workshop über „Alternativen zur konzerngesteuerten Globalisierung“ wurde dem von oben verordneten Einheitsmodell der neoliberalen Globalisierung die Vielfalt demokratisch organisierter regionaler Modelle und Kooperationen entgegengestellt.

Als unglücklich erwies sich die Entscheidung der Organisatoren, den Alternativ-Gipfel mit dem G8-Gipfel zusammenzulegen, - in der Hoffnung, dadurch Medienpräsenz zu erreichen. Statt dessen berichteten die Medien fast ausschliesslich über die G8 und die Blockaden. Viele Teilnehmer äußerten auch Unmut darüber, sich zwischen Alternativ-Konferenz und Blockaden entscheiden zu müssen.

## Eine Kampf um Informationshoheit und Bürgerrechte

Während Genua durch Straßenschlachten geprägt war, war die „Schlacht von Rostock“ vorrangig ein Kampf um Wahrheit und Bürgerrechte. Sie begann Monate vor dem Gipfel, als Polizeivertreter und Politiker die Diskussion über Sicherheitsmaßnahmen anheizten, und über ominöse Bedrohungslagen sprachen. Währenddessen mussten sich die Organisatoren des Protests

mit der Verzögerungstaktik der Polizei herumschlagen, was Auflagen für die vielen Aktivitäten anging. Dies ließ kaum noch Zeit, rechtliche Schritte gegen unrechtmäßige und verfassungswidrige Polizeiaufgaben einzuleiten, so zum Beispiel gegen die Entscheidung, eine zusätzliche Sicherheitsbarriere rund um den sowieso schon mächtigen Zaun zu legen. Dadurch wurde ein Areal von Hunderten Quadratkilometern geschaffen, auf dem Bürgerrechte suspendiert waren, und es war praktisch unmöglich, den Protest zu denjenigen zu tragen, an deren Adresse er sich richtete. Einige Wochen vor dem Ereignis führte die Polizei Razzien in Büros und Versammlungsräumen einiger der organisierenden Gruppen durch, was mit einer akuten „Gefahr terroristischer Anschläge“ begründet wurde. Die Begründung wurde von vielen Juristen als fadenscheinig kritisiert. Es kam zu einer Welle der Solidaritätsbekundungen, selbst Regierungsmitglieder kritisierten die Aktion. Während der Protestwoche arbeitete eine unheilige Allianz von Polizeisprechern und Massenmedien bei der Verbreitung verzerrter und teilweise falscher Informationen zusammen, wobei die Medien oft ihre Quelle nicht angaben. So sprach die Polizei von 25.000 Teilnehmer bei der Hauptdemonstration und 2- bis 3.000 gewalttätigen Protestierenden. Beobachter vor Ort zählten jedoch 60- bis 80.000 friedliche Demonstranten und rund 500, die in Gewalt gegen die Polizei involviert waren. Demnach hätten wir es also mit weniger als einem Prozent gewaltbereiter Teilnehmer zu tun gehabt, wären die Polizeizahlen suggerieren, es seien 10 % gewesen.

Am Samstag Abend war in den Schlagzeilen von 1.000 Verletzten und 30 bis 40 schwer verletzten Polizisten die Rede, was in den Printmedien vom Montag vielfältig wiederholt wurde. Es stellte sich heraus, dass zwei Polizeibeamte stationär behandelt werden mussten (das übliche Kriterium für „schwer verletzt“), von denen einer am Montag wieder entlassen wurde. Die meisten Verletzungen waren durch Tränengas und Pfefferspray verursacht. Die falschen Zahlen haben vermutlich die Entscheidung des Verfassungsgerichts beeinflusst, die Sicherheitszone um Heiligendamm aufrechtzuerhalten und Demonstrationen zum Zaun nicht zuzulassen, ungeachtet der eigenen Argumente dafür, dass dies nicht verfassungskonform sei.

Der Tendenz von Massenmedien, die radikaleren Teile der Protestierenden als gewalttätig zu denunzieren, wurde offensichtlich, als ein Reporter der Deutschen Presseagentur einen der Redner auf der Abschlusskundgebung falsch zitierte, indem er berichtete, dieser habe gefordert, den „Krieg in die Demonstration zu tragen, weil wir mit friedlichen Mitteln nichts erreichen“. In Wirklichkeit, - und durch eine Videodokumentation nachprüfbar, die bereits am Samstag abend online verfügbar war - hatte er über den Krieg im Irak und Afghanistan gesprochen und verlangt, den Krieg als Thema in das Meeting hineinzubringen, „weil es ohne Frieden keine Gerechtigkeit gibt“. Dieses falsche Zitat wurde in großen Zeitungen am Montag zur Schlagzeile, dpa brauchte bis Dienstag, um eine Korrektur und eine Entschuldigung zu verschicken. Dennoch wiederholte „Die Zeit“ das falsche Zitat noch am folgenden Donnerstag und weigerte sich, dies in ihrer nächsten Ausgabe zu korrigieren.

## Attac wertet Gipfelproteste als Erfolg

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac betrachtet die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm als vollen Erfolg. „Wir haben die größte globalisierungskritische Massenmobilisierung erlebt, die es in Deutschland je gegeben hat“, sagte Werner Rätz vom Attac-Koordinierungskreis. Organisiert wurden die Proteste von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, dessen Spannweite vom Rand der institutionellen Kirche über Attac bis zu linken Basisgruppen reichte. Der Gipfel habe erneut gezeigt, dass die G8 keinerlei Lösungen für die Probleme der Welt anzubieten haben. Die Legitimationskrise der G8 sei offenkundig geworden. Ein Klimakompromiss, der vom bereits zweimal reduzierten Mindestziel nach unten abweicht und nur erwogen wird, sei ein Witz. Dasselbe gelte für das Thema Afrika: Die G8 hätten ausschließlich die bis heute nicht erfüllten Versprechen vom G8-Gipfel 2005 in Gleneagles wiederholt.

In der Vergangenheit hätten die G8 es meist geschafft, zwischen ihren internen Machtansprüchen erfolgreich zu vermitteln. Doch dieser Konsens trage nicht mehr. „Da stehen die so genannten Schwellenländer und fordern ihren Anteil. Da steht die internationale Gemeinschaft und akzeptiert ihre Ausgrenzung immer weniger, wie die immer wieder scheiternden WTO-Verhandlungen zeigen. Und da stehen die Menschen überall in der Welt, die nicht nur Kuchen oder Brot, sondern die ganze Bäckerei fordern“, so ein Sprecher. Das alles zusammen verstärke die Legitimationskrise der G8. Entsprechend unsouverän sei die Reaktion der acht Regierungs-Chefs auf den breiten Protest aus der Zivilgesellschaft. Quelle: [www.attac.de/aktuell/presse/presse\\_ausgabe.php?id=740](http://www.attac.de/aktuell/presse/presse_ausgabe.php?id=740)

## Greenpeace: G8-Gipfel gescheitert

Für Greenpeace ist der G8-Gipfel weitgehend gescheitert. Der G8-Gipfel bringe keine Aussage zur Begrenzung des Temperaturanstiegs. Es gebe keine Verständigung auf Emissions-Reduktionen der Industriestaaten. Es gebe keinen Beschluss, die Urwald-Abholzung zu stoppen. Der G8-Gipfel sollte eine Verständigung auf klare Ziele bei der Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen erreichen und sei daran gescheitert. Um als Klimaschützerin zu gelten, müsse Merkel jetzt vorangehen. „Für Deutschland heißt das: 40 Prozent CO<sub>2</sub> bis 2020 einsparen. Dazu gehört auch, dass die Bundesregierung dieses Ziel nicht wie bislang von Verpflichtungen anderer Staaten abhängig macht. Zu begrüßen ist einzig, dass US-Präsident George W. Bushs Initiative von vergangener Woche, die eine Beschädigung des UN-Prozesses zum Ziel hatte, abgewehrt worden ist. Im Schlüsselsatz des sogenannten Klima-Durchbruchs heißt es: ‚(...) wir werden ernsthaft die Entscheidungen der Europäischen Union, Kanadas und Japans, die globalen Emissionen bis 2050 zu halbieren, in Betracht ziehen.‘ Das sei so, „wie wenn’s brennt und die Brandstifter sagen, dass sie ernsthaft erwägen werden, das Feuer zu löschen“. Quelle: [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

Immer wieder wurden falsche oder übertriebene Berichte über Gewalt verbreitet, und dann benutzt, um Wasserwerfer- und Gummiknüppelattacken gegen eine der friedlichen Blockaden zu rechtfertigen. Ein Höhepunkt war die Polizeimeldung, dass einige der Clowns - die das martialische Gehabe der Polizei durch Persiflagen aufzulockern versuchten oder schlicht Deeskalation betrieben, indem sie die Leute zum Lachen brachten - mit ihren Wasserpistolen gefährliche Chemikalien auf die Polizei gespritzt hätten. Es stellte sich heraus, dass einige etwas Spülmittel ins Wasser gegeben hatten, um Seifenblasen zu erzeugen. Keines der vielen Kamerateams konnte während der Blockaden irgendwelche Bilder von Steinewerfern oder anderen Gewalttätern aufnehmen. Und so wurden ab Donnerstag die Berichte in den Medien positiver.

Der Verdacht, dass in Zivil gekleidete Polizeibeamte als „Beobachter“ unter den schwarzen Block gemischt waren, wurde inzwischen von „Kavala“, der speziellen Polizeieinheit, die für die Sicherheit des Gipfels verantwortlich war, bestätigt. Einige Zeugen sagen aus, gesehen zu haben, wie einige dieser „Beobachter“ als „Agents Provocateurs“ tätig wurden und versuchten, Protestierende dazu anzustacheln, während sonst völlig friedlicher Blockaden Steine zu werfen.

Zum ersten Mal hatte ein „legal team“ aus freiwilligen Rechtsanwälten flächendeckend und rund um die Uhr internationale Proteste begleitet und war gegebenenfalls eingeschritten. In einer Pressekonferenz nach dem Gipfel zogen die Anwälte ein Resumé und bescheinigten Polizei und Staat vielfältige Verletzungen der Bürgerrechte. Neben den von Bundestagsabgeordneten angestrebten parlamentarischen Untersuchungen wird es auch ein Nachspiel vor den Gerichten, insbesondere wegen der „Käfighaltung“ von Festgenommenen geben.

## Der Staat verfügt, die Bürger handeln

Während Richter und Politiker sich um die Rechtslage streiten dürfen, haben die Bürger längst Fakten geschaffen. Vor dem Zaun von Heiligendamm wurde die wichtigste Wahrheit von Heiligendamm sichtbar gemacht: Unsere Rechte werden uns nicht vom Staat gegeben, sie gehören uns Kraft unseres Menschseins und nur wenn wir sie auch gegen staatliche und polizeiliche Gewalt praktizieren, haben sie Bestand.

Wir bedanken uns bei allen denen, die sich für die friedlichen Proteste und Blockaden eingesetzt haben! Nach Heiligendamm wird die Zivilgesellschaft in Deutschland eine andere sein. Was an Zusammenhalt unter den meist jungen BlockadeteilnehmerInnen praktiziert wurde, lässt auf zukünftig intensivere Zusammenarbeit hoffen. „The times they are truly changing...“